

Suchthilfe für Frauen sollte ausgebaut werden

ExpertInnen fordern geschlechtsspezifische Beratungs- und Behandlungsangebote

Weltweit gibt es eine gewisse Annäherung des Konsums von psychoaktiven Substanzen der Frauen an den der Männer. Daher steigt auch der Anteil der Frauen mit Substanzkonsumstörungen weltweit leicht an. Doch ihr Anteil an den Behandlungen liegt weit unter dem der Männer. Darauf weist der Internationale Suchtstoffkontrollrat „International Narcotics Control Board“ (INCB) in seinem jüngst in Berlin veröffentlichten Jahresbericht hin. Der INCB überwacht die Einhaltung der internationalen UNO-Drogenkontrollverträge. Während global betrachtet ein Drittel der KonsumentInnen von illegalen Drogen Frauen und Mädchen sind, nehmen sie nur rund 20 Prozent der erbrachten Behandlungen auf diesem Gebiet in Anspruch.

Medikamentenmissbrauch ist bei Frauen besonders häufig anzutreffen. Allerdings zeigen die neuesten Zahlen, dass sich im Alter die Konsumhäufigkeiten von Männern denen von Frauen angleichen. Der Kontrollrat geht davon aus, dass der höhere Verbrauch von psychoaktiven Medikamenten der Frauen (bis ca. 60 Jahren) auf die Verschreibungspraxis durch Ärzte zurückzuführen ist. Überdurchschnittlich hoch soll auch der Suchtmittelkonsum im Zusammenhang mit Sexarbeit und Prostitution sein. Weshalb Frauen sich seltener als Männer in Behandlung begeben, begründet der INCB mit systembedingten, strukturellen, sozialen, kulturellen, finanziellen und persönlichen Ursachen, die den Zugang von Drogen konsumierenden Frauen zu entsprechenden Angeboten erschweren. „Es gibt zu wenige Angebote für Frauen. Allgemeine Angebote werden eher von Männern angenommen“, sagt INCB-Präsident Werner Sipp. Auch die Stigmatisierung von Drogenkonsumentinnen sei ein Problem. Frauen hätten ferner häufig Angst, das Sorgerecht für Kinder zu verlieren, wenn sie Drogenkonsum zugäben.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler, schließt sich der Forderung nach einem Ausbau frauenspezifischer Beratungs- und Behandlungsangebote an: „Drogenpolitik muss die speziellen Bedürfnisse von Frauen erkennen und berücksichtigen. Viel zu häufig verhindert die gesellschaftliche Tabuisierung von Drogenkonsum und Sucht selbst lebensrettende Maßnahmen.“ Auch Deutschland sei hierbei „noch längst nicht am Ziel“.

Der INCB weist darauf hin, dass weibliches Suchtverhalten auch besondere Gesundheitsgefahren für ungeborene Kinder mit sich bringe, da alle psychoaktiven Substanzen vom mütterlichen Organismus in den des werdenden Kindes übergehen. Auch nach der Geburt sind diese Kinder besonderen Gefahren ausgesetzt, weil sich die Mütter oft nicht genügend um deren Wohlergehen kümmern. Kinder suchtkranker Eltern seien zudem einem besonders hohen Risiko ausgesetzt, später selbst abhängig zu werden. Weiterhin seien HIV- und Hepatitis-C-Infektionen unter Frauen mit Drogenmissbrauch weiter verbreitet als unter Männern.

Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) und der DGVT-Berufsverband psychosoziale Berufe (DGVT-BV) unterstützen das Anliegen, bestehende Hilfesysteme zu stärken und insbesondere frauenspezifische Angebote auszubauen. Neben einer Sensibilisierung der politisch Verantwortlichen und der Öffentlichkeit für diese Themen ist ein flächendeckend bedarfsgerechter Ausbau stationärer wie ambulanter psychotherapeutischer Behandlungsangebote hierfür eine wichtige Voraussetzung.

Tübingen, März 2017